

Andreas Mehltretter

Ihr Bundestagsabgeordneter
mit **Lust auf Fortschritt**

FEBRUAR 2025

**LIEBE LESERIN,
LIEBER LESER,**

es sind die letzten Tage bis zur Bundestagswahl, der Wahlkampf geht in die Schlussphase. Ein Drittel der Wahlberechtigten haben sich noch nicht entschieden. Und auch die Zugriffszahlen auf den Wahl-o-mat sind so hoch wie noch nie.

Mich überrascht das nicht. Viele Themen, die für unsere Zukunft wichtig sind, wurden bisher im Wahlkampf kaum diskutiert. Themen, die die Menschen interessieren, weil sie ihren Alltag ganz konkret betreffen.

Mehr genossenschaftlicher Wohnungsbau, schnelleres und billigeres Bauen und mehr Schutz für die Mieter:innen vor zu hohen Mieten. Das ist ein wichtiges Thema gerade bei uns, wo die Mieten hoch und die Wohnungen knapp sind.

Mehr Geld für die Schiene und ein klares Bekenntnis zum Deutschlandticket. Auch das für die Menschen wichtig, die täglich nach München oder Ingolstadt fahren, die mit Zugausfällen kämpfen und die für die einzelne Fahrt nach München sonst 12,20 Euro bezahlen müssten.

**MACHEN STATT MOSERN:
ENTLASTUNGEN FÜR DIE MITTE**

Statt die Reichen reicher zu machen entlasten wir die breite Mitte der Gesellschaft.

Mehr Netto durch eine Steuerreform, die die breite Mitte entlastet, mehr Tariflöhne und einen Mindestlohn von 15 Euro, stabile Renten, eine Anhebung des Elterngelds und einen Deckel beim Pflege-Eigenanteil. Auch das ist ein wichtiges Thema in unserer teuren Region.

Natürlich geht es auch um unsere Flüchtlingspolitik. Wir haben 2024 die Asylzahlen um ein Drittel gesenkt, das neue EU-Asylsystem bringt weitere Reduktionen. Aus meiner Sicht muss man die bestehenden Gesetze jetzt konsequent anwenden. Es fehlt an Zusammenarbeit und Personal, um Abschiebungen oder auch Haftbefehle umzusetzen. Es braucht aber auch mehr Geld für Integration, u.a. in den Arbeitsmarkt

Die Taten der letzten Woche haben uns alle erschüttert und wütend gemacht. Sie dürfen uns aber nicht blind machen.

Der 5-Punkte-Plan von Merz ist weder mit dem Grundgesetz noch mit dem Europarecht vereinbar. Er bringt auch keine Lösung, weil er schlicht nicht umsetzbar ist. Wir können 3767 Kilometer Grenze nicht

**MITTE STATT MERZ:
SOZIALE POLITIK FÜR DICH**

Mehr Netto, mehr Rente, mehr Wachstum und Innovationen, mehr Sicherheit und klare Kante gegen Rechts.



Foto: Fionn Große

lückenlos überwachen, die Kosten durch Grenzkontrollen gehen für unsere Wirtschaft schon jetzt in die Milliarden.

Wir haben Union und FDP im Bundestag angeboten, nochmals über konkrete Lösungen und ein gemeinsames Vorgehen bei Migration und Sicherheit zu verhandeln. Das haben sie aber abgelehnt.

Merz hat ganz bewusst auf die Stimmen der AfD gesetzt. Das ist ein Tabubruch. Das zeigt: Wir können uns nicht darauf verlassen, dass Merz nach der Wahl nicht mit der AfD regieren wird.

Reden müssen wir auch darüber, was wir für einen Staat wollen. Die Vorschläge von Merz, das hat jetzt auch das ifo-Institut ausgerechnet, machen den Bund um 100 Milliarden Euro pro Jahr ärmer. Seine Entlastungen für die Reichen sind das Geld, das für Investitionen in Arbeitsplätze, das für die Entlastung der breiten Mitte und das für mehr Klimaschutz fehlt.

Merz, das wird immer deutlicher, muss man sich leisten können. Die meisten Menschen können es nicht.

IHR ANDREAS MEHLTRETTER

AUSGABE 13, FEBRUAR 2025

Neues aus dem Bundestag für die Landkreise Freising, Pfaffenhofen, Neuburg-Schrobenhausen, Ingolstadt und Eichstätt.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

SPD will unten entlasten und oben belasten

„Union, FDP und AfD versprechen umfangreiche Steuerentlastungen, die das Staatsdefizit um bis zu vier Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts hochtreiben und vor allem Besser- und Hochverdienende entlasten. SPD und Grüne wollen Steuerentlastungen auf die unteren und mittleren Einkommen konzentrieren und die Steuern bei Hochverdienenden und Vermögenden erhöhen.“

Das schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in seiner Analyse der Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl. Und ergänzt: „Wachstumseffekte reduzieren die Mindereinnahmen nur zum geringeren Teil.“

Reiche werden durch die Vorschläge der Union noch reicher. Das zeigt die Grafik, in die ich die Zahlen des DIW eingetragen habe, ganz deutlich. Die Folge: Es fehlt viel Geld im Haushalt.

Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung formuliert es so: „CDU/CSU setzen auf ein umfassendes Reformprogramm, bei dem

die betrachteten Elemente zu jährlich 97 Milliarden Euro Mindereinnahmen des Staates führen würden. Etwas weiter gehen die betrachteten Forderungen bei der FDP, die 142 Milliarden Euro kosten würden. Die Vorschläge zu Steuersenkungen könnten Arbeitsanreize stärken, dies reicht aber nicht aus, um die negativen Effekte für den Staatshaushalt auszugleichen. Die Eigenfinanzierungsquote daraus liegt bei etwa 10%, errechnen die Autoren. SPD und Grüne vermeiden größere Reformen und bieten fiskalisch eher ausgeglichene Forderungen im Steuer- und Transfersystem an.“

Die Union macht also nicht nur die Reichen reicher, sie macht auch den Staat ärmer. Was fehlt, sind dann die Mittel für Investitionen und für die Rente, die Pflege, für Gesundheit, Wohngeld und das Bürgergeld. Was fehlt ist das Geld für unsere Zukunft.

Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung hat im Januar deutlich gemacht, was es jetzt braucht: „Erstens eine Investitionsoffensive, um die Infrastruktur zu

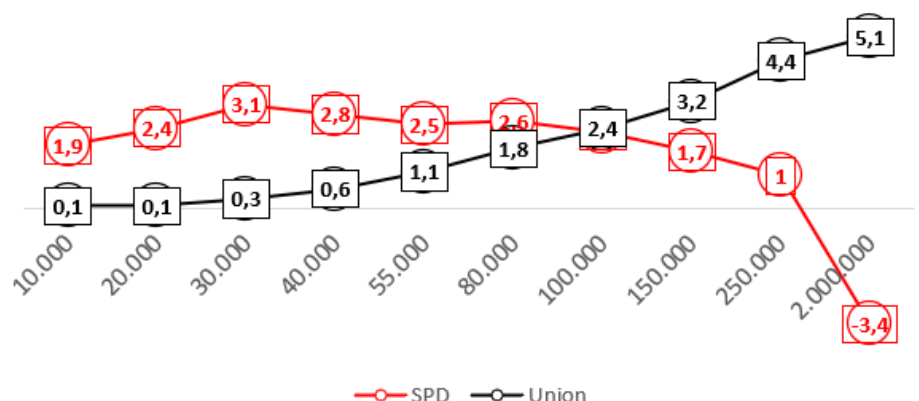
modernisieren von Schienen, Straßen, Netzkabeln, Stromnetzen bis zu Schulen. Zweitens: Eine Lösung für das Problem hoher und volatiler Energiepreise. Drittens raten die Forschenden zu einer neuen, in der EU koordinierten, Industriepolitik, die zentrale Zukunfts- und Schlüsselbranchen bei der Transformation hin zu klimafreundlichen Prozessen unterstützt.“

Mehr Netto, das ist auch aus meiner Sicht notwendig. Aber nicht für die Reichen. Ich will die breite Mitte entlasten, mit einem gerechten Steuersystem und einem höheren Mindestlohn. Ich will die Energiewende vorantreiben und die Energiepreise stabilisieren. Ich will in Zukunftstechnologien investieren. Und ich will den Sozialstaat erhalten. Auch dafür muss Geld da sein.

Die Vorschläge der SPD dazu sind durchgerechnet und finanzierbar. Sie entlasten die, die es brauchen. Und sie schaffen Raum für notwendige Zukunftsinvestitionen.

Das ist soziale Politik für Dich.

ENTLASTUNG IN PROZENT DES JÄHRLICHEN BRUTTOEINKOMMENS



DIE REICHEN MÜSSEN NICHT NOCH REICHER WERDEN.

Hochwasserhilfen

95 Millionen Euro EU-Mittel wären abrufbereit

Beim Hochwasser wird mit Unwahrheiten Wahlkampf gemacht. Die CSU versucht sich auf dem Rücken der Hochwasseropfer zu profilieren. Das wurde in den letzten Tagen wieder deutlich:

Bereits am 27. November 2024 hat das Europäische Parlament Mittel aus dem Europäischen Solidaritätsfonds für Bayern und Baden-Württemberg bewilligt. Insgesamt fließen damit 112,07 Mio. Euro nach Bayern und Baden-Württemberg. Wann, das habe ich jetzt beim Bundesfinanzministerium nachgefragt. Letzte Woche kam die Antwort: sobald Bayern seine Hausaufgaben gemacht hat.

95 MILLIONEN FÜR DIE GESCHÄDIGTEN

Statt rumzumosern und sich wegzuducken, sollten die Verantwortlichen in Bayern endlich machen. Hochwasserschutz und Unterstützung der Betroffenen ist nach unserer Verfassung Ländersache.

Trotzdem hat der Bund mit Olaf Scholz an der Spitze sofort Hilfe organisiert. Sehr schnell waren THW, Bundeswehr und Bundespolizei vor Ort. Förderprogramme wurden so angepasst, dass sie bei den Betroffenen ankommen. Und natürlich wurden auch Anträge bei der EU für Mittel aus dem Europäischen Solidaritätsfonds gestellt. Erfolgreich.



Bayern und Baden-Württemberg müssen sich nun einigen, wie diese Mittel aufgeteilt werden. Nach Kenntnis des Bundesfinanzministeriums wird Bayern etwa 85 Prozent der Mittel bekommen, das wären rund 95 Millionen Euro. Offiziell wurde dies dem Bundesministerium jedoch noch nicht mitgeteilt. Und auch die EU wartet noch auf notwendige Angaben von Bayern und Baden-Württemberg, um den Durchführungsbeschluss erlassen zu können.

Noch im März könnten die Mittel ausbezahlt werden, „im Falle einer baldigen Einreichung der fehlenden Unterlagen durch Bayern und Baden-Württemberg“, so schreibt mir das Bundesfinanzministerium.

Die Menschen in der Region müssen auf 95 Millionen Euro warten, weil Bayern seine Hausaufgaben nicht macht? Es wird Zeit, dass die Staatsregierung endlich liefert, damit das Geld auch bei den Betroffenen ankommen kann, statt zur Ablenkung wie immer nur auf Berlin zu schimpfen.

HILFEN WIE IM AHR TAL?

Darüber hinaus fordert Bayern immer wieder direkte Mittel des Bundes, wie es sie nach dem Hochwasser im Ahrtal 2021 gegeben hat. Das ist möglich, aber nur unter besonderen Bedingungen.

Ich hab es oben schon geschrieben: Nach unserer Verfassung sind grundsätzlich die Länder zuständig für den Hochwasserschutz und den Ausgleich von Hochwasserschäden. Der Bund kann nur unterstützen, wenn ein Bundesland überfordert ist. Das hat Bayern bis heute nicht erklärt.

Einen deutschlandweiten Solidaritätsfonds wie auf EU-Ebene gibt es nicht. Wenn Bundesländer aber in der Vergangenheit von Hochwasserschäden betroffen und alleine in ihrer Finanzkraft überfordert waren, wurde auf Bundesebene auch entsprechend mit besonderen Instrumenten unterstützt. Für die Schäden im Ahrtal 2021 wurde deshalb

das Sondervermögen „Aufbauhilfe 2021“ eingerichtet. Dieses Sondervermögen wird von Bund und Ländern finanziert, und auch Bayern hat daraus einen kleineren Anteil der Mittel erhalten. Die Länder tragen über einen geringeren Anteil aus den Einnahmen aus der Umsatzsteuer zu dem Fonds bei.

Ein solches Modell kann natürlich bei großen Katastrophen jederzeit wieder zum Einsatz kommen. Es braucht aber eine verfassungsgemäße Grundlage. Und das ist keine Formalie, sondern Grundlage einer ordentlichen Haushaltsführung. Der Bund kann nicht einfach für Programme Geld ausgeben, für die eigentlich die Länder zuständig sind, solange die Länder die Aufgaben selbst auch stemmen können.

Allein in Rheinland-Pfalz betragen die unversicherten Schäden 2021 ca. 13,5 Mrd. Euro, das entsprach rund 48 % des Haushaltsvolumens von Rheinland-Pfalz. In Bayern betragen die unversicherten Schäden durch das Juni-Hochwasser 2024 nach Angaben des Freistaats ca. 1,8 Mrd. Euro. Dies entspricht rund 2,4 % des Haushaltsvolumens des Freistaats. Eine Annahme, dass der Freistaat hierdurch finanziell überfordert ist, bedarf aufgrund dieser Zahlen mindestens einer besonderen Begründung, die der Freistaat bisher nicht abgegeben hat.

Der Bundesrechnungshof bemängelt immer wieder, dass der Bund bereits jetzt jährlich mittlere zweistellige Milliardensummen ausgibt in Bereichen, für die eigentlich die Länder zuständig sind. Und gerade die Union zieht regelmäßig wegen des Bundeshaushalts vor das Bundesverfassungsgericht. Und dort zieht das Argument, die anderen haben aber auch mal was gekriegt, nicht.

Ich hoffe, dass der Freistaat genauso wie die CSU bei uns das Schwarze-Peter-Spiel beendet, endlich seine Hausaufgaben macht und mithilfe der EU-Mittel jetzt einfach seiner Pflicht zu einer ordentlichen Unterstützung der Hochwasser-Betroffenen nachkommt. Den Menschen zu helfen, darum sollte es doch gehen.

Tabubruch im Bundestag

Merz reißt Brandmauer ein

Ich bin immer noch erschüttert über das Agieren der Union: Friedrich Merz hat ganz bewusst auf die Stimmen aus dem Lager der Rechtsextremen gesetzt. An dem Tag, an dem der Bundestag der Opfer von Auschwitz gedacht hat, hat die Union mit diesem Tabubruch einen historischen Fehler gemacht und dafür gesorgt, dass Rechtsextreme im Bundestag feiern.

MERZ HAT SEIN WORT GEBROCHEN

Dabei hatte Merz zugesichert, keine gemeinsame Sache mit der rechtsextremen AfD zu machen.

In seiner Rede am 13. November 2024 im Deutschen Bundestag hat er erklärt: „Für die wenigen verbleibenden Entscheidungen, die ohne Bundeshaushalt möglich sein könnten, will ich Ihnen hier einen Vorschlag machen: Wir sollten mit Ihnen, den Sozialdemokraten, und Ihnen, die Grünen, vereinbaren, dass wir nur die Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums setzen, über die wir uns zuvor mit Ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben, sodass weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen in der Sache hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da von der AfD zustande kommt. Diese Verabredung möchte ich Ihnen ausdrücklich vorschlagen, meine Damen und Herren.“

Und völlig richtig hat er weiter gesagt: „Denn das hätten diese Damen und Herren von rechts außen doch gerne, dass sie plötzlich die Mehrheiten besorgen, und sei es mit Ihnen von den beiden Minderheitsfraktionen bei der Bestimmung der Tagesordnung. Wir wollen das nicht. Ich hoffe, Sie sehen das auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen.“

DIE AFD BEKÄMPFT DIE DEMOKRATIE

Ich sehe das immer noch so. Warum? Weil die AfD ganz offen unsere Demokratie bekämpft.

In einer Demokratie sind verschiedene

politische Ansichten natürlich genauso erlaubt, wie unterschiedliche Lebensentwürfe. Sie sind sogar erwünscht. Für mich gilt, dass gute Politik nur dann möglich ist, wenn man sich mit unterschiedlichen Perspektiven auseinandersetzt.

Das funktioniert aber nur, wenn man friedlich und mit Respekt miteinander umgeht. Wenn man bereit ist zu akzeptieren, dass es andere Meinungen und andere Lebensentwürfe gibt. Das kann einem auch mal deutlich gegen den Strich gehen, das muss man aber auch mal aushalten.

AUCH TOLERANZ HAT EINE GRENZE

Es gibt aber eine Grenze. Wenn Hass und Hetze die Auseinandersetzung ersetzen, wenn offene Drohungen eine Debatte nicht mehr möglich machen, wenn ganz offen die Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Gruppen gesucht wird, wenn völkisch definiert wird, wer hier Leben darf, wenn Menschen ganz bewusst aufgrund ihres Geschlechts, ihres Glaubens, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden sollen, wenn sich offen positiv auf den Nationalsozialismus bezogen wird, dann ist diese Grenze überschritten. Die AfD hat in meinen Augen diese Grenze überschritten.

Die Abgeordneten der AfD sind demokratisch gewählt, sie sind aber keine Demokrat:innen.

Und nicht nur in meinen Augen ist das so, das wird ja aus diesem Zitat von Friedrich Merz deutlich.

EIN HISTORISCHER TABUBRUCH

Am 29. Januar hat Friedrich Merz seine Zusicherung gebrochen. Er hat ganz bewusst einen Antrag eingebracht, der sowohl gegen unser Grundgesetz als auch gegen europäisches Recht verstößt.

Er hat nie versucht, für seine Anliegen Mehrheiten unter den demokratischen Parteien zu finden. Stattdessen verabschiedet sich die Union aus dem Konsens der demokratischen Parteien.

Merz hat im Bundestag klar gesagt: Wenn er etwas richtig findet, kennt er keine falschen Mehrheitsbeschaffer. Damit steht jetzt fest: Jede Stimme für die CSU bereitet den Weg für eine schwarz-blaue Koalition.

Die vielen und großen Demonstrationen der letzten Tage zeigen, dass diese Einschätzung von vielen Menschen geteilt wird.

Gesetze zur Verbesserung der Arbeit der Sicherheitsbehörden und zur Umsetzung des europäischen Asylsystems liegen vor und könnten vom Bundestag beschlossen werden. Sie werden von der Union blockiert. Die Wut über schreckliche Gewalttaten ist verständlich, die Behördenversäumnisse müssen aufgeklärt und abgestellt werden. Deutschland braucht aber Sicherheit und Stabilität aus der Mitte. Viele Menschen in unserem Land wünschen sich, dass die demokratischen Parteien gemeinsame Lösungen finden. Stattdessen kippt Friedrich Merz Öl ins Feuer.

Friedrich Merz ist der Zauberlehrling, der sich nicht bewusst ist, was für Geister er gerufen hat. Jetzt ist es an uns, diese Geister wieder in die Schranken zu weisen. Deutschland braucht einen Kanzler, dem weder Recht noch unsere Demokratie egal sind. Der versteht: mit Rechtsextremen macht man keine Politik.



»Sie nehmen die Unterstützung der AfD für Ihre rechtswidrigen Vorschläge offen in Kauf! Die Unterstützung derer, die unsere Demokratie bekämpfen. Das ist ein schwerer Fehler! Das ist ein unverzeihlicher Fehler!«

— Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag zu CDU/CSU-Fraktionschef Merz

SPD Fraktion im Bundestag

Migrationspolitik

Die Pläne der Union sind rechtswidrig

Die Vorschläge der Union zur Migrationspolitik lösen kein Problem. Sie verstoßen zudem gegen Europa-, internationales und Verfassungsrecht.

Dies gilt gerade auch für dauerhafte Grenzkontrollen oder die grundsätzliche Zurückweisung Schutzsuchender an den deutschen Binnengrenzen. Das ist europarechtswidrig, es kann auch schlichtweg nicht umgesetzt werden.

EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK

Es war ein ganzes Stück Arbeit, letztes Jahr das gemeinsame Europäische Asylsystem GEAS hinzubekommen – ein riesiger Schritt für mehr Ordnung und Steuerung in der europäischen Flüchtlingspolitik. Statt mit nationalen Alleingängen dieses System zu torpedieren wäre es angebracht, diese Reform nun rasch in deutsches Recht umzusetzen.

Die europäischen Regeln sehen vor, dass alle Personen, die irregulär in die EU einreisen, ein effizientes und verpflichtendes Screening innerhalb einer kurzen, wenige Tage dauernden Zeitspanne durchlaufen müssen. In vielen Fällen sollen bei Einreise über die EU-Außengrenzen die Asylverfahren bereits dort im Asylgrenzverfahren durchgeführt werden.

Es gibt Maßnahmen, die irreguläre Sekundärmigration zu reduzieren – also das unkontrollierte Weiterziehen in andere EU-Mitgliedstaaten. Abschiebungen können schneller durchgeführt werden.

POLIZEILICHE BEFUGNISSE STÄRKEN

Mit dem Gesetzentwurf zur Umsetzung des GEAS haben wir auch Vorschläge eingebracht, die die polizeilichen Befugnisse stärken, unter anderem um besser gegen Extremismus vorgehen zu können.

Bundeskriminalamt (BKA) und Bundespolizei (BPOL) benötigen Zugriff auf die erforderlichen Daten und müssen über die notwendigen Instrumente verfügen, diese Daten aufzubereiten und auszuwerten. Mit dem Gesetzentwurf werden

daher neue Befugnisse geschaffen für den biometrischen Internetabgleich, die automatisierte Datenanalyse, BKA-Anfragen bei Banken sowie eine Kontrollbefugnis für die Bundespolizei für bereits durch uns eingerichtete Waffenverbotszonen.

DIE VORSCHLÄGE DER UNION

Im wesentlichen fordert Merz vollständige Grenzkontrollen und die Zurückweisung aller Personen ohne zulässige Einreisepapiere. Damit würde Europarecht gebrochen. Es gibt auf europäischer Ebene ein konkret festgelegtes Verfahren zur Bestimmung der Zuständigkeit für Asylsuchende und der Überstellung in zuständige Mitgliedstaaten. Wir haben auch keine rechtliche Handhabe, solche Zurückweisungen ohne Einverständnis gegen den Willen der anderen EU-Mitgliedstaaten durchzusetzen.

Und: Wir haben ein Interesse, dass die in Europa vereinbarten Verfahren eingehalten werden. 2015 war ja das gerade das Problem, dass andere Länder Schutzsuchende unregistriert durchgeleitet haben.

Es gibt bei den Abschiebungen auch keine Zuständigkeitslücke, wie es die Union glauben macht. Zuständig sind die Ausländerbehörden der Länder. Die Union fordert hier eine Doppelzuständigkeit, die die Zusammenarbeit weiter erschweren wird.

Und auch die Beendigung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte ist so nicht umsetzbar. Der Familiennachzug ist eh schon sehr eingeschränkt: Er ist nur noch möglich im Rahmen eines Ermessens aus humanitären Gründen, zudem gilt eine Obergrenze 1000 Personen pro Monat. Für die Integration ist es oft aber positiv, wenn die Familie nachkommen kann.

Die vollständige dauerhafte Abschaffung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte ist völkerrechtlich bedenklich. Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Men-

schenrechte kann der Familiennachzug für diese Personengruppe lediglich temporär, aber nicht dauerhaft ohne Einzelfallprüfung ausgeschlossen werden. Und auch Bundesverfassungsgericht und Bundesverwaltungsgericht haben in verschiedener Rechtsprechung darauf hingewiesen, dass eine dauerhafte Verweigerung des Familiennachzugs ohne Berücksichtigung von begründeten besonderen Härten nicht rechtskonform sei.

OFFEN FÜR GESPRÄCHE

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Friedrich Merz monatlang immer und immer wieder Gespräche zu notwendigen Gesetzen in der Innenpolitik angeboten. CDU und CSU waren es, die sämtliche Gesprächsangebote ausgeschlagen haben.

Dabei wäre es möglich, jetzt schnell zu handeln, indem die bereits auf europäischer Ebene beschlossene Reform der europäischen Asylpolitik und die von der Union im Bundesrat blockierten Sicherheitsgesetze umgesetzt werden.

Die Union hätte zeigen können, wie ernst es ihr mit dem Reformwillen und einer europarechtskonformen Grenzregelung ist. SPD und Grüne haben diese Gesetze in den Bundestag eingebracht – sie hätten noch vor der Bundestagswahl im Kreis der demokratischen Fraktionen verabschiedet werden können. Doch die Union blockiert sie und beharrt auf ihren gesetzeswidrigen Plänen.



Volles Haus in Freising

Rolf Mützenich berichtet über unsere Erfolge

Volles Haus und viel Unterstützung für unseren Wahlkampf: Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, stellte sich auf meine Einladung hin in Freising den Fragen der Bürgerinnen und Bürger.

Rolf Mützenich hat in seiner Rede die Herausforderungen der letzten Jahre und die Erfolge der SPD klar benannt: Unter sozialdemokratischer Führung ist der Niedriglohnsektor zurückgegangen, die Beschäftigung auf Rekordniveau gestiegen und auch der Anteil der Erneuerbaren ist so hoch wie nie.

Dafür haben wir hart gearbeitet: von der Erhöhung des Kindergeldes bis zur Anhebung des Mindestlohns, vom massiven Ausbau der erneuerbaren Energien bis zum Deutschlandticket, von der Verbesserung der Kinderbetreuung bis zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, von Rekordinvestitionen in die Infrastruktur bis zur Krankenhausreform – um nur einige Beispiele zu nennen.

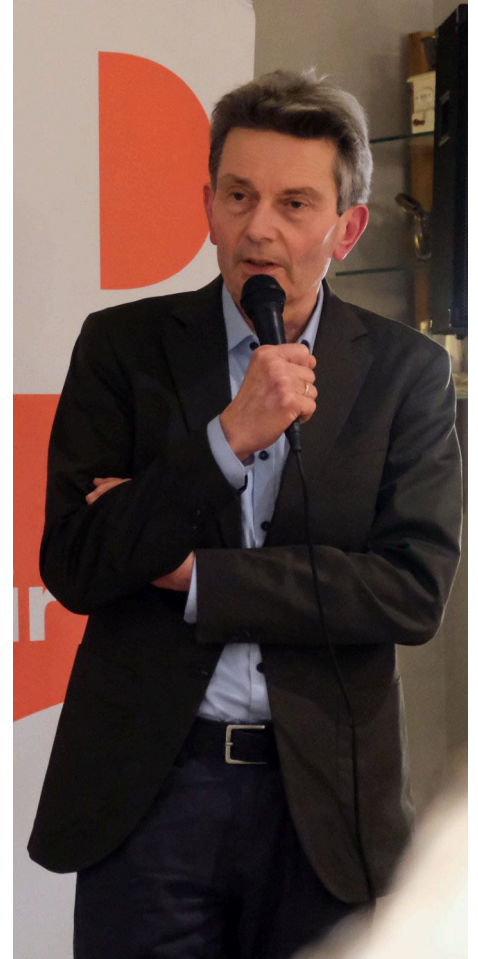
Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine haben wir die Energieversorgung gesichert, die Energiepreise begrenzt

und zugleich in unsere Sicherheit investiert.

Eingegangen ist Rolf Mützenich auch auf das, was noch ansteht. Wir haben noch viel vor! Jobs und Wachstum sichern, Beschäftigte und ihre Familien unterstützen, für stabile Renten sorgen, gute Pflege und eine verlässliche Gesundheitsversorgung sicherstellen – wir kämpfen für eine soziale Politik, die Kinder und Familien, Beschäftigte, Rentner:innen sowie Unternehmen gleichermaßen im Blick hat. Klar ist für uns auch: Starke Schultern sollen künftig mehr tragen, um einen fairen Beitrag für den Zusammenhalt und zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben zu leisten!

In der anschließenden Fragerunde wurde deutlich, welche Themen die Menschen bewegen: Digitalisierung, Integration, ein verpflichtendes soziales Jahr – es waren engagierte und ehrliche Gespräche, die mir erneut gezeigt haben, wie wichtig der direkte Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern ist.

Freising hat an diesem Abend gezeigt, wie lebendig Demokratie sein kann.



Townhall in Pfaffenhofen

SPD-Generalsekretär Matthias Miersch



Energiewende, soziale Sicherheit, Unterstützung für die Ukraine, Demokratie – es waren die ganz großen Themen, über die wir mit Matthias Miersch in Pfaffenhofen diskutiert haben.

Matthias und ich haben in den letzten Jahren intensiv für den Ausbau der Erneuerbaren gearbeitet – mit dem Windan-Land-Gesetz haben wir wichtige Hürden beseitigt. Er war sichtlich beein-

druckt von der Bürgerenergie-Genossenschaft Pfaffenhofen und ihren neu gebauten Windrädern.

Eine klare Botschaft von Matthias gab es zur Sozialpolitik: Wir müssen klarmachen, was auf dem Spiel steht. Die Union macht Politik für Besserverdienende. Und auch ein stabiles Rentenniveau von mindestens 48 Prozent gibt es nur mit uns.

Für Sie unterwegs.

Im Wahlkreis und in Berlin



Biogasanlagen in Pfaffenhofen produzieren bereits mehr Biogas, als aktuell im Stadtgebiet Erdgas verbraucht werden. Eine dieser Anlagen habe ich vor kurzem wieder besucht. Ich habe zugesagt, mich im Bundestag für gute Rahmenbedingungen für Biogasanlagen einzusetzen. Biogas ist ein unverzichtbarer Baustein für die Energiewende. Zum Glück haben wir in der letzten Sitzungswoche noch Gesetzesänderungen im Sinne von Biogasanlagen geschafft. In Pfaffenhofen setzen Betreiber von Wärmenetzen noch auf Erdgas. Die können die Klimaziele unterstützen, in dem sie auf Biogas umsteigen.



Bei meinen Veranstaltungen, beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf, an Infoständen - immer wieder gab es in den letzten Wochen spannende Gespräche darüber, was die Menschen in unserer Region bewegt. Es gab viel Interesse und auch viel Zustimmung für meine Vorstellungen. Wahlkampf ist anstrengend. Ich bin überall im Wahlkreis unterwegs, klinge an Türen, verteile Flyer an Bahnhöfen und führe viele Gespräche. Es macht aber auch Spaß, so viel so direkt mit den Menschen darüber ins Gespräch zu kommen, was Fortschritt für sie bedeutet und was ihr Leben leichter machen würde.



Der Austausch mit unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern – ob Bürgermeister:innen, Landrät:innen oder Gemeinderät:innen – ist für mich entscheidender Bestandteil meiner Wahlkreiswochen. Vor kurzem war ich bei Bürgermeister Benjamin Bertram-Pfister in Reichertshausen und Bürgermeister Christian Keck in Rohrbach. Dabei ging es um Themen, die die Gemeinden bewegen: von der Kinderbetreuung über die Finanzlage der Kommunen bis zur Energiewende vor Ort. Der direkte Dialog hilft uns, Herausforderungen besser zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu finden.



Eine starke Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen, das braucht verlässliche Innovationen in Zukunftstechnologien. Darüber waren Bärbel Bas und ich uns in unserem Gespräch zur Industriepolitik einig. Am Beispiel Stahl hat Bärbel Bas sehr eindrücklich deutlich gemacht, warum das notwendig ist. Stahl ist ein Grundstoff, den wir in großen Teilen unserer Industrie brauchen. Bei der klassischen Produktion werden aber große Mengen CO2 frei. Wir haben daher für den Standort Duisburg 2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um mit Wasserstoff klimaneutral Stahl zu produzieren.

Für Sie unterwegs.

Im Wahlkreis und in Berlin



Gerade in Bayern haben wir ein großes Potential für Geothermie, dieses Potential wird aber noch viel zu selten genutzt. In Eching habe ich bei einer Abendveranstaltung mit über 50 Interessierten darüber informiert und diskutiert. Im Bundestag wollten wir ein Geothermie-Gesetz verabschieden, um dem Ausbau der erneuerbaren Erdwärme einen wichtigen Impuls zu geben. Der CSU war das Thema aber nicht wichtig, sie hat aus reinem politischem Kalkül das Gesetz blockiert und eine Verabschiedung noch vor der Wahl verhindert. Das muss nun in der nächsten Wahlperiode kommen!



Wir brauchen gleiche Startchancen für alle Kinder! Davon sind wir als SPD überzeugt und setzen uns dafür ein. Doris Rauscher, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie des Bayerischen Landtags, hat mich deshalb in Freising besucht. Bei einer Abendveranstaltung in meinem Wahlkreisbüro sind wir mit Eltern und Erzieher:innen ins Gespräch gekommen. Für uns steht fest: Wir werden uns weiterhin für verlässliche Kitas mit ausreichend Plätzen engagieren. Ebenso ist es uns wichtig, dass die Beschäftigten dort gute Arbeitsbedingungen vorfinden.



Unsere Krankenhäuser haben große Probleme, gerade auch hier in der Region 10. Die bisherige Finanzierung passt nicht. Deswegen haben wir letztes Jahr im Bundestag eine große Reform beschlossen, um unsere Krankenhäuser auf ein besseres Fundament zu stellen. Wir ändern mit dieser Reform die Finanzierung und machen Qualitätsvorgaben. Die Behandlungen werden besser. Wichtig ist künftig nicht, was sich rechnet, sondern was hilft. Wie das konkret aussieht, darüber haben wir in Schrobenhausen mit unserer gesundheitspolitischen Sprecherin Heike Baehrens gesprochen.



Schon vor 13 Jahren wurde die dritte Startbahn für den Münchner Flughafen in einem Bürgerentscheid abgelehnt. Der bayerischen Landesregierung scheint das aber egal zu sein. Sie will sich nicht endgültig von ihren Plänen verabschieden. Seit einigen Monaten ist sogar die Rede von einem „ewigen Baurecht“. Ich bin aber der Meinung: Die Pläne für eine dritte Startbahn sind in Zeiten des Klimawandels absolut deplatziert. Und sie wären zudem eine weitere Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger in der Region. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns gegen diese Pläne wehren!

Mannschaftssport

Bis zum Schluss: #TeamSPD

WAHLKAMPF-FINALE AM 20. FEBRUAR IM FURTNER IN FREISING

Der Wahlkampf geht in den Endspurt. Und es geht noch um was. Rund ein Drittel der Wählerinnen und Wähler ist immer noch unentschieden. Lasst uns auch die letzten Tage noch nutzen, um diese Wähler:innen für die SPD zu gewinnen.

Als letzte Veranstaltung in diesem Wahlkampf möchte ich euch gerne einladen zu unserem Wahlkampf-Finale.

Unter dem Motto „Für Fortschritt und unsere Demokratie. Jetzt zählt's!“ wollen wir uns am Donnerstag, den 20. Februar, um 19.30 Uhr im Furtner in Freising, Obere Hauptstraße 42, treffen.

BIST DU #TEAMSPD?

Es zählt bis zum Schluss! 2021 hatte niemand mehr damit gerechnet, dass die SPD den Kanzler stellen wird. Wir haben aber bis zum Schluss gekämpft. Lass uns das auch diesmal so machen. Jede Stimme mehr für die SPD stärkt die soziale Politik in Deutschland. Lass uns dafür kämpfen. Bis zum Schluss.

AM
23. FEB.
SPD
WÄHLEN!

Andreas
Mehltretter

Wir wollen noch einmal klar machen, wofür die SPD steht, und warum es einen besonnenen und international erfahrenen Kanzler in dieser kritischen globalen Situation braucht. Peter Warlimont, unser Freisinger Fraktionsvorsitzender, wird uns als Deutscher, der auch den US-amerikanischen Pass besitzt, dazu seine Perspektive schildern. Ich werde den Wahlkampf Revue passieren lassen und auf-

zeigen, warum diese Wahl für unser Land so enorm wichtig ist. Ihr und alle Interessierten könnt eure Last-Minute-Fragen stellen.

Und, das wichtigste: Wir werden auch mit Musik und einem kleinen Quiz für Unterhaltung und eine gute Atmosphäre sorgen – denn bei allen politischen Stürmen lassen wir uns nicht unterkriegen!

KOMMT VORBEI! SETZEN WIR NOCHMAL EIN STARKES ZEICHEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE.

HEAVY ROTATION

Es geht nicht nur um Politik bei mir im Team, oft geht es auch um Musik. Was wir so hören? Gerne lüften wir das Geheimnis. Wer die Musik auch hören will, der findet die Playlist auf Spotify unter www.andreas-mehltretter.de/links/spotify.

Unsere derzeitige Heavy Rotation:

Andreas:

Vampire Weekend: Hope

Eva:

Florence + The Machine: Shake it Out

Martin:

Frittenbude: Hildegard (Kalipo Edit)

Merlin:

System of a Down: Kill Rock 'n Roll

Michi:

Oimara: Wackelkontakt

Tereza:

Taylor Swift: Long Story Short



Büro Berlin

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Tel. 030 227-78096

Wahlkreisbüro Freising

Ziegelgasse 11 | 85354 Freising
Tel. 08161 2349444

Wahlkreisbüro Pfaffenhofen

Scheyerer Straße 10 | 85276 Pfaffenhofen
Tel. 08441 7979521

andreas.mehltretter@bundestag.de

Homepage

www.andreas-mehltretter.de

Facebook

[andreamehltretterSPD](https://www.facebook.com/andreamehltretterSPD)

Instagram

[andreamehltretter](https://www.instagram.com/andreamehltretter)

Twitter

[@Mehli](https://twitter.com/Mehli)